

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

21r. 174

Bad Ems, Samstag, d^{en} 2. August 1919

71 Jahrgang

Telephonische Nachrichten.

v. Hindenburg und die Deutschnationale Volkspartei.

in Berlin, 2. Aug. Der Berl. Volk.-Anz. meldet: Generalfeldmarschall v. Hindenburg wird sich nach einer Mitteilung des preussischen Abgeordneten Klingemann, nachdem er ins bürgerliche Leben zurückgetreten ist, der Deutschenationalen Volkspartei anschließen und in ihr eine führende Rolle übernehmen.

Ein Staatskommissariat für die öffentliche
Ordnung.

ma Berlin, 2. Aug. Ein Staatskommissariat zur Ueberwachung der öffentlichen Ordnung ist von der preussischen Staatsregierung eingerichtet worden. Es hat den Zweck, allen Bestrebungen entgegenzuwirken, die den Bestand der Republik bedrohen könnten.

Mittelmeer-Nordsee.

mr Haag, 2. Aug. Aus Paris wird gemeldet: Die französische Regierung hat einen Plan für Verbindung des Mittelmeeres mit der Nordsee entworfen. In diesem Zweck sollen die Rhone und der Rhein-Rhone-Kanal vertieft und verbreitert werden, damit sie Schiffe bis zu 1200 Tonnen fassen können. Die Kosten dieser Unternehmung werden 3 Milliarden Francs betragen.

Die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

zu Versailles, 2. Aug. In einer Vollziehung des Organisationsausschusses der Wiedergutmachungskommission in der von interalliiierter Seite Voucheur den Vorstiz führte, nahm Freiherr v. Versner Gelegenheit, die Entente-regierungen nochmals zu bitten, endlich die Frage der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen in Erwägung zu ziehen. Voucheur verdrach, Clemenceau davon in Kenntniz zu setzen.

Am Freitag, 2. Aug. Gestern nachmittag traf hier ein Transport mit 410 schwerverwundeten deutschen Soldaten aus Frankreich ein. Am Bahnhof wurden sie in der üblichen Weise empfangen. Ebenso trafen 750 Mann und 250 Offiziere ein, die in der Schweiz untergebracht gewesen waren.

Der Staatsgerichtshof.

ma Weimar, 2 Aug. Der Verfassungsausschuß beschäftigt sich erstmalig mit dem Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof und wird die Beratung so bald wie möglich beenden.

Der päpstliche Vermittlungsversuch.

12 Bern, 31. Juli. Die in Mailand erscheinende, kantonischen Kreisen nahestehende Italia macht zu dem päpstlichen Vermittlungsversuch aus Rom folgende Ausführungen: Die Enthüllungen Erzbergers, der während des Krieges eine so bedeutende und je nach den Zeiten und Umständen so verschiedenartige Rolle spielte, machten in Rom tiefen Eindruck. Werden die Dinge aber auf das richtige Maß zurückgeführt, so erscheinen sie weit bescheidener. Die englische Regierung bestätigte bekanntlich sofort den Empfang der päpstlichen Note und verpflichtete sich dabei, ihre Antwort mit der größten Sorgfalt zu erwidern. Ende August oder Anfang September überreichte England der Kurie eine zweite Note, die eigentlich nicht eine Antwort auf die Vorlage des Papstes bildete, sondern sich nur darauf bezog, und entwidelte die Vorfragen, die es für die Stellungnahme zur Papstinote für nötig erachtete und die völlige belgische Unabhängigkeit betraf. Auf diese Anfrage bezieht sich die von Pacelli abgeschickte Note. Will man also genau sein, so muß man sagen, daß es sich dabei nicht um einen englischen Friedensvorschlag, sondern um die Antwort auf die päpstliche Note handelte, die von der Staatskanzlei des Vatikans der deutschen Regierung übermittelt wurde, um deren Ansicht, bezw. die englische Vorfrage, zu erfahren. Der Papst baute darauf Hoffnungen auf eine günstige Antwort, um so mehr, als die Papstinote auf die Resolution des Reichstages gestützt war. Die deutsche Antwort blieb jedoch negativ. Der Korrespondent fügt hinzu, daß der Papst um diese Zeit davon erfuhr, daß die Parteiführer im Reichstag in Anwesenheit des Kaisers mehrheitlich für Herausgabe und Wiederergutmachung Belgiens eintreten, daß man jedoch mehrheitlich beschloß, von einer öffentlichen Erklärung vorerst abzusehen. Weiter heißt es dann: Die in der deutschen Antwort auf die päpstliche Note sicherlich absichtlich eingefügte Juli-Resolution genügte der englischen Regierung nicht. Dieser Gedanken-austausch zwischen England und dem hl. Stuhle und Deutschland wurde nie veröffentlicht, da er zu keinem Ergebnis geführt hatte. Der Korrespondent deutet zum Schluß auf die Verhandlungen aus Grund der Papstinote hin, wodurch bewiesen werde, welches Gewicht dieser in der zweiten Hälfte des Jahres 1917 zukam.

Preßstimmen aus der Schweiz.

nz Bern, 30. Juli. Die heute vorliegenden Schweizer Blätter beschäftigen sich mit der Polemik in Weimar, die von den Baseler Nachrichten als ein interessantes Intermezzo im Kampfe der deutschen Regierungsparteien mit der immer bedrohlicher werdenden Reaktion bezeichnet wird, und verweisen auf die Nothwendigkeit einer streng sachlichen Veröffentlichung der für die Beurteilung der verpaßte Friedensgelegenheit wichtigen Dokumente. Die Zweifel an der Darstellung Erzbergers bleiben bestehen, doch hält man die Verantwortlichkeit der Regierung Michaelis und der Alldeutschen für erwiesen und sieht in den Beschuldigungen der Alldeutschen gegen Erzberger eine Künstelei. — Die Baseler Nationale Zeitung stellt fest, daß der alldeutsche Block in die Eisenfuge gedrängt wurde. Wenn auch aus Paris kommende Nachrichten beweisen wollen, daß die englische Anfrage kein eigentliches Friedensangebot bedeutet, so vergißt man, daß in Frankreich heute gar nicht anders gesprochen werden kann, ohne Lloyd George vollkommen zu kompromittiren. — Die gleichen Gedanken vertreten die Baseler Nachrichten. Sie verweisen auf die Folge, die der politische Kurs Lloyd Georges hatte, da er der einzige Mann sei, der die Schwierigkeiten in der Entente und in England überwinden und damit die Welt vor dem Volschewismus retten könne. Aber daran denken die Reiser und Denker in Weimar nicht. Sie wollen nur in ihrem Streite um die Vergangenheit recht behalten. Das Blatt sieht übrigens die Beweisführung Erzbergers als gescheitert an und erklärt, daß die englische Note nicht, wie der damalige Optimismus darstellte, ein englischer Friedensführer, sondern eine knappe und nicht höflich zu nennende Antwort auf die päpstliche Friedensnote war und einzig den Zweck hatte, Deutschland als Störenfried festzunageln. — Auch das Luzerner Vaterland berichtet nur von einem Friedensschritt des päpstlichen Stuhles, der nur durch den Protest der alldeutschen Militärkräfte gegen so wie die Friedensresolution des Reichstags vereitelt worden sei. — Die Züricher Nachrichten benutzen die bisherigen Ergebnisse der Polemik dazu, um die Wiener zu warnen, weiterhin für den Anschluß Oesterreichs an Deutschland zu plädiren.

Die Vorgeschichte des Waffenstillstandes.

Aus dem Weißbuch der Regierung.

Berlin, 31. Juli. Aus den im Auftrag des Reichsministeriums von der Reichskanzlei herausgegebenen amtlichen Urkunden über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes enthält die erste das Protokoll der Besprechung im Großen Hauptquartier in Spa am 14. August 1918. General Ludendorff forderte danach, daß die innern Kräfte mit größter Energie zusammengefaßt würden, und daß Michnowsky bestraft werde. Staatssekretär des Aeußern v. Hinke kam auf die gehobene Siegeszuversicht der Feinde zu sprechen und führte dann aus:

Unser Verbündeter Oesterreich erklärt, daß er am Ende seiner Kräfte angelangt sei, daß er nicht länger als durch den Winter aushalten könne, daß selbst ein Winterfeldzug mehr als zweifelhaft sei. Bulgarien stellt größte Anforderungen an Subsidien und Lieferung von Waren und ist wegen Erschöpfung seiner Armee angeblich wenig leistungsfähig. Der Chef des Generalstabs des Heeres hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen, und daß unsere Kriegsführung sich als Ziel setzen muß, durch eine strategische Defensivbe den Kriegswillen des Feindes allmählich zu lähmen. Die politische Leitung beugt sich vor diesem Ausspruch der größten Feldherrn, die dieser Krieg hervorgerufen hat und zieht daraus die politische Konsequenz, daß wir politisch anerkennen, den Kriegswillen des Gegners zu brechen, und daß wir daher gezwungen sind, dieser Kriegslage in der Führung unserer Politik hinfür Rechnung zu tragen.

Es folgen Bemerkte v. Hingeb über Besprechungen mit Ludendorff: Mitte Juli 1918, vor Eintritt des Postens des Staatssekretärs, habe er General Ludendorff die förmliche und bestimmt gefasste Frage vorgelegt, ob er sicher sei, mit der jetzigen Offensive den Feind endgültig und entscheidend zu besiegen? General Ludendorff habe seine Frage wiederholt und darauf erklärt: „Darauf antworte ich mit einem bestimmten „Ja“. Vor der Besprechung, etwa am 13. August, habe ihn General Ludendorff allein beiseite genommen und ihm eröffnet, er habe im Juli gesagt: er sei sicher, mit der im Gang befindlichen Offensive den Kriegswillen des Feindes zu brechen und ihn zum Frieden zu nötigen. Diese Sicherheit habe er jetzt nicht mehr. Auf die Frage, wie er sich die Weiterführung des Krieges denke, habe General Ludendorff geantwortet, wir würden durch eine strategische Defensive instande sein, den Kriegswillen des Feindes zu lähmen und ihn so allmählich zum Frieden zu bringen. Die politische

Sage habe ihm, Dinge, verboten, im Kontrat am 14. August an den Erfolg einer strategischen Defensive zu glauben. Er habe zur diplomatischen Friedensanbahnung eine Min- derung der bis dahin aufgestellten Kriegsziele verlangt. Hierfür sei die Oberste Heeres- leitung damals noch nicht zu haben gewesen. Die erteilte Ermächtigung zu Friedensschritten sei dadurch beschränkt worden, was er aber allmählich zu be- seitigen gehofft habe. Indes eine wesentliche Be- schränkung der Ermächtigung sei die folgende gewesen: Der geeignete Moment müsse abgewartet werden, ehe diplomatische Fäden anzuspinnen wären; ein solcher Mo- ment böte sich nach dem nächsten (unserm) Erfolg an der Westfront. Später — im September — sei als Moment be- zeichnet worden: „Wenn die Rückwärtsbewegung unserer Armee zum Stehen gekommen sein würde, etwa in der Siegs- friedstellung.“

Inzwischen verschärft Bulgariens Zusammenbruch die Lage wesentlich. Am 1. Oktober 1918

bittet Ludendorff dringend um sofortige
Hinausgabe unsers Friedensangebots.

Wie Legationsrat Grünau an Auswärtige Amt meldet, führte Ludendorff aus: Heute hielt die Truppe noch, und wir seien noch in einer würdigen Lage, es könne aber jeden Augenblick ein Durchbruch erfolgen, und dann käme unser Angebot im allerungünstigsten Moment. Er könne sich vor wie ein Hasardspieler, und es könne jederzeit irgendwo eine Division versagen. Legationsrat Grünau meldet: Er habe den Eindruck, daß man völlig die Nerven verloren habe, und möchte glauben, daß wir schlimmstenfalls nach arken hin den Schritt mit der Haltung Bulgariens begründen könnten.

Am selben Abend meldet Geh. Legationsrat Persner nach Berlin: General Lubendorff erklärte mir, daß unser Angebot von Bern aus sofort nach Washington weiter gehen müsse. 48 Stunden könne die Armee nicht noch warten.

Am 3. Oktober stellt Prinz Reg schriftlich eine Reihe von Vorfragen, darunter die Frage: Ist die Oberste Heeresleitung sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangs Lage zum Ver lust deutscher Kolonien und deutschen Gebietes, namentlich Elsaß-Lothringens und rein polnischer Kreise der östlichen Provinzen führen kann? An demselben Tage übersendet Hindenburg, der in Berlin anwesend ist, dem Reichskanzler nochmals schriftlich die Erklärung, daß die Oberste Heeresleitung auf ihrer Forderung der sofortigen Ab sendung des Friedensangebots bestehen bleibt. Nach eingehender Besprechung unter den Staatssekretären geht davonhın die Note in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober hinaus.

Am 9. October findet eine mündliche Verhandlung mit Lubendorff statt. In dieser Verhandlung erklärt Oberst Hege wiederum: Es wäre Basardspiel der Obersten Heeresleitung, wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunige. Es kann sein, daß wir bis zum Frühjahr halten, es kann aber auch jeden Tag eine Wendung kommen. Gestern hing es an einem Faden, ob ein Durchbruch gelang. Die Truppe hat keine Ruhe mehr. Es ist unerechenbar, ob die Truppe hält oder nicht. Jeden Tag sind neue Ueberwachungen möglich. Ich fürchte nicht eine Katastrophe, sondern möchte die Armee retten, damit wir während der Friedensverhandlungen sie noch als Druckmittel haben. Lubendorff antwortet dem Staatssekretär Dr. Eck auf die Frage, ob die Front noch drei Monate gehalten werden könne, verneinend. Es wird ein Fragebogen ausgearbeitet, auf Grund dessen die weiteren Besprechungen mit Lubendorff geführt werden sollen.

Ludendorff: „Ich habe den Eindruck, ehe wir durch diese harte Bedingungen auf uns nehmen, die zu hart sind, müßten wir dem Feinde sagen: erkämpft euch solche Bedingungen.“ Der Reichsfänger: „Und wenn er sie erkämpft hat, wird er uns dann nicht noch schlechtere stellen?“ Ludendorff: „Schlechtere gibt es nicht.“ Der Reichsfänger: „O ja, sie brechen in Deutschland ein und verwüsten das Land.“ Ludendorff: „So weit sind wir noch nicht.“

Am 18. October meldet der Staatssekretär Zoff an den Kriegsminister: Die Armeeführer müssen geholt werden, auch auf die Gefahr hin, daß Hindenburg und Ludendorff die Befragung der Armeeführer zum Unlase nehmen sollten, ihren Abschied einzureichen. Befürcht werde ich in dieser Uebergangung durch Anhebungen, wonach die Gefährn von General Ludendorff ausgeprochenen Hoffnungen auch in seiner Umgebung nicht geteilt werden.

Eine Aufzeichnung Daniels an den Staatssekretär vom 25. Oktober lautet: Herr v. Perzner telefoniert mir, daß die Oberste Seeresleitung, die heute nachmittag zusammen mit Herrn v. Hinge eintreffen werde, sehr „mild“ sei und auf eine Ablehnung des Wilsonschen Waffenstillstandes bestehen werde. Auf Grund seiner langjährigen Erfahrung könne er aber nur aufs dringendste davor warnen, etwaigen Versprechungen der Obersten Seeresleitung Glauben zu schenken und uns in

Der einmal eingeschlagenen Friedenspolitik auch nur im geringsten beirren zu lassen. Die militärische Lage sei heute mindestens ebenso hoffnungslos wie vor drei Wochen, da eine Besserung nicht zu erwarten sei, und es nur eine Frage von Wochen, höchstens von wenigen Monaten sei, wann der Feind bei uns im Lande stehe.

In einem Protokollauszug aus der Staatssekretärin vom 26. Oktober heißt es: v. Papier kommt auf seine gestrige Besprechung mit der Obersten Heeresleitung zurück. Sie hätte ihn zu überzeugen versucht, daß man die Verhandlungen abbrechen und mit einer Proklamation an das Volk dieses zu den Waffen zu rufen suchen müßte. Auf seine Fragen, welche Ansichten wir bei einem Weiterkämpfen hätten, hätten sie ihm keine direkte Erklärung gegeben. Er sei aber aufgefordert worden, sich dahin festzulegen, daß, wenn wir ein sehr ungünstiges Waffenstillstandsangebot erhielten, wir eine Erhebung des Volkes in die Wege leiten würden. Er habe es abgelehnt, sich darauf festzulegen, und seinerseits die Forderung gestellt, daß noch andere Heerführer gehört werden müßten. Dies sei von Hindenburg in weniger entschiedener Form, von Ludendorff dagegen sehr energig abgelehnt worden. Später teilte v. Papier vertraulich mit, daß der Kaiser die Entlassungsgesuche Ludendorffs angenommen, dagegen Hindenburg bewogen habe, im Amt zu bleiben.

Die Lage im Osten.

Berlin, 31. Juli. Wie aus Danzig gemeldet wird, ist mit dem Abtransport der deutschen Behörden und Archive aus den zur Abtretung an Polen bestimmten Gebieten bereits seit Montag begonnen worden. Man rechnet mit der Vollziehung der staatsrechtlichen Akte der Abtretung etwa Anfang September. Insgesamt haben 13 000 deutsche Beamte die abzutretenden Gebiete verlassen, um in deutsche Dienste zu treten.

Kritische Lage in Königsberg.

Aus Königsberg berichtet der Berliner „Kosakenzeitung“: Infolge der weitergehenden Hege der Unabhängigen gegen die Soldaten sowohl in ihrem Organ, der „Freiheit“, als auch in der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung, beschloßen die Vertrauensleute sämtlicher Reichswehr- und Grenzschutztruppen, ein Telegramm an Moskau zu schicken, er möge umgehend nach Königsberg kommen, da sie keine Verantwortung mehr für die Kameraden übernehmen könnten, da die „Freiheit“ in maßloser und gemeiner Weise Hege und ihre Anhänger zum blutigen Kampf aufreize.

Der Kampf gegen den Bolschewismus.

Amsterdam, 1. Aug. Drahtlos wird gemeldet, daß Denikin eine neue Offensive an der Char-
Kow-Poltawafront begonnen habe.

Die Verhandlungsbedingungen für Sowjet-Ungarn.

Wien, 30. Juli. Wie das Neue Wiener Tagblatt erzählt, wurden gestern die telegraphisch eingegangenen Bedingungen des Verbandes dem hiesigen ungarischen Gesandten übergeben. Die Räteregierung steht vorläufig auf dem Standpunkt, daß von dem System der Diktatur des Proletariats nicht abgewichen werden kann, hingegen sind die Arbeiter-
räte geneigt, auch über die Forderung des Verbandes bezüglich eines Systemwechsels zu verhandeln. Die endgültige Entscheidung dürfte in der Sitzung der „Volksbeauftragten“ fallen, wo auch der Rücktritt Bela Kun beschlossen werden dürfte.

Die Insel Cypern griechisch!

W Athen, 29. Juli. (Havas.) Nach dem Gentheros Typus hat General Allenby die diplomatischen Vertreter in Kairo davon in Kenntnis gesetzt, daß Großbritannien die Insel Cypern wieder an Griechenland zurückzugeben werde. Die Uebergabe werde am kommenden Dienstag erfolgen.

Die Schantungfrage.

Washington, 30. Juli. Der Geschäftsträger der japanischen Botschaft, Debushiki, sagte nach einer Unterredung mit Staatssekretär Lansing zu einem Vertreter der Associated Press: Japan ist fest entschlossen, China seine Hoheitsrechte über das befreite Gebiet von Kiautschou zurückzugeben und Unterhandlungen darüber mit China zu eröffnen. Es wünscht Tsingtau, das früher ausschließlich unter deutscher Verwaltung gestanden hat, künftig unter eine gemeinschaftlich japanisch-chinesische Verwaltung zu stellen und den Osten von Tsingtau, der früher nur deutschen Interessen diente, künftig für alle Länder offenzustellen. Japan erwägt weiter die künftige Verbleibung einer japanischen Kolonie in Tsingtau und dazu eine internationale Regelung, die tatsächlich einen gleichen Zustand hervorrufen würde, wie er gegenwärtig in Schanghai besteht. Japan ist, da es beschlossen hat, die Souveränität über Kiautschou an China zurückzugeben, fest entschlossen, baldigst seine Truppen aus Schantung zurückzuziehen. Doch sind diese Maßnahmen abhängig von der Unterzeichnung des Friedensabkommens mit Deutschland durch China und gleichzeitig von dem Abkommen zwischen China und Japan bezüglich der befreiten Gebiete.

England.

Hebung der versenkten Flotte? Die „Evening Standard“ meldet: Man habe im Gegensatz zu der bisherigen Auffassung gefunden, daß der größte Teil der versenkten deutschen Flotte gehoben werden könne, und zwar vor Beginn des nächsten Jahres.

Amerika.

Genf, 29. Juli. Im französischen Ministerium des Auswärtigen fängt man an, sich wegen der Opposition des Senates der Vereinigten Staaten gegen die Ratifikation des Friedensvertrages zu beunruhigen. Ein offizieller Artikel des Journal zählt heute die

Gründe dieser Opposition auf und betont, daß der ganze Friedensvertrag von Versailles hinfällig würde, wenn der nordamerikanische Senat die Ratifikation verweigern sollte, denn ohne die Zustimmung Nordamerikas würde der Vertrag für die europäischen Entente-Staaten wertlos. Die Friedenskonferenz hätte das voraussehen können, denn sie mußte wissen, daß Wilson allein den Vertrag nicht ratifizieren könne. Gegenwärtig seien die Bemühungen Wilsons, die führenden Persönlichkeiten des Parlaments in einer mündlichen Aussprache zu überzeugen, als gescheitert anzusehen. Wilson wendet sich jetzt direkt an das Volk, und man müsse hoffen, daß dieser Kampf einen besseren Erfolg haben werde.

Bäderzeitung.

Das Einschreiten gegen die Spielclubs in Kur- und Badeorten. Zu dem Einschreiten der politischen Behörden gegen öffentliche Spielunternehmungen liegt jetzt die amtliche Verfügung an die Regierungspräsidenten vor. Die Rechtslage, heißt es darin, ist durch das Gesetz vom 1. Juni 1868 und § 285 des Reichsstrafgesetzbuches klar. Diese Voraussetzungen, die für Mitglieder oder eingeführte Gäste von Clubs vorliegen, fallen bei allen Spielclubs der Bade- und Kurorte von vornherein fort. Die Ortspolizeibehörden wurden deshalb angewiesen, mit allen gesetzlichen Mitteln vorzugehen. Gegen die Inhaber ist ein Strafverfahren einzuleiten, die Spielunternehmungen sind zu verbieten und nötigenfalls zwangsweise zu schließen. Vielfach wird das pilgertartige Aufschließen der Spieldorados mit der Begründung verteidigt, daß sie Besucher anziehen und Geld in großen Mengen dem Verkehr zuführen. Das mag dem Aufschwung manchen Orts recht förderlich sein, aber uns scheint doch der Schaden weitens zu überwiegen, den die Verletzung der öffentlichen Moral durch diese „Versuchung“ erleidet, der erfahrungsgemäß die wenigsten gewachsen sind.

Neues aus aller Welt.

* Verhaftete Schieber. mz. Hamburg, 29. Juli. Der Angestellte der Textilwaren-N. G., Sobin, verlor gemeinsam mit einem Bahnassistenten und einem Angestellten der Kaiserverwaltung einen Wagen Textilwaren im Werte von 1 Million Mark, für Berlin bestimmt, nach Wandsbek. Der Betrug wurde dort entdeckt. Alle drei wurden verhaftet und sind geständig.

* Auf der Hochzeitsreise im Flugzeug abgestürzt. Schweinfurt, 29. Juli. In unmittelbarer Nähe der See stürzte ein Wasserflugzeug bei einer Kurde aus geringer Höhe ab. Das Flugzeug überschlug sich und wurde völlig zertrümmert. Pilot Liebig war infolge einer schweren Brustverletzung sofort tot. Ein Fahrgast, der sich mit seiner Gattin auf der Hochzeitsreise befand, erlitt einen Schädelbruch und war nach wenigen Minuten tot, seine Gattin hat einen Schenkelbruch davongetragen.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

! Die Ernteaussichten. im Regierungsbezirk Wiesbaden nach dem Stande von Anfang Juli. Die Witterung am Schluß des Mai — große Trockenheit, sowie veränderliche kalte Tage — dauerte auch in den Juni hinein an. Infolge der Ende Juni eingetretenen reichen Niederschläge wird überall auf eine kräftige Erholung und Besserung sämtlicher Sommerfrüchte gehofft, und, wie aus verschiedenen Berichten hervorgeht, bessert sich der Stand sehr täglich. Nach den Berichten der landwirtschaftlichen Vertrauensmänner an das statistische Landesamt war der Stand nachfolgendermaßen: Dabei bedeuten die Zahlen 2: gut, 3: mittel, 4: gering. Winterweizen 2,9, Kartoffeln 3,2, Sommerweizen 3,4, Futterrüben 3,4, Winterroggen 2,8, Kunkeln 3,1, Sommerroggen 3,4, Wintererbsen 2,9, Wintergerste 2,6, Flachs 3,1, Sommergerste 3,7, Acker 3,5, Hafer 3,9, Zuckerrüben 3,3, Erbsen 3,6, Niefelweizen 3,3, Saubohnen 3,9, Wicken 4,0, und Wiesen 3,7.

! Eberlshausen, 30. Juli. Das hiesige Damenheim ging durch Kauf in den Besitz der Stadt über zum Preise von 175 000 Mark. Die Stadt beabsichtigt, das Gebäude zu einem modernen Krankenhaus einzurichten. Wenn auch manche Wünsche hinsichtlich der inneren Einrichtung des Hauses erst im Laufe der Zeit erfüllt werden können, verspricht doch die Größe der Räume und die schöne Lage des Hauses das Beste. Der Kauf ist umso mehr zu begrüßen, als dadurch das bisherige Krankenhaus für Wohnungen frei wird und damit der gerade hier aufs drückendste empfundenen Wohnungsnot in erfreulicher Weise abgeholfen wird. Es besteht auch die Hoffnung, daß die Stadt in Friedrichslegen durch Verkauf von Gebäuden der Wohnungsnot weiter steuern wird.

! Eschhofen, 30. Juli. Die hiesige Gemeindevettersung beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, auf einen Antrag hin, bei der zuständigen Forstbehörde um die Genehmigung nachzusuchen, das zwischen Eschhofen und Limburg gelegene Jagen „Waldhölzer“ zu anderweitiger nutzbringender Verwendung abforsten zu dürfen. Man trägt sich mit dem Gedanken, anstelle des Waldes eine Obst- und Weidenanlage zu schaffen.

! Burg-Schwalbach, 30. Juli. Unser Turnverein, der während des Krieges ganz darniederlag, hat seit einiger Zeit wieder einen erfreulichen Aufschwung genommen. Das gute Einvernehmen, das zwischen der Gemeinde und dem Turnverein besteht, hat sich auch jetzt wieder geltend gemacht, indem die Gemeinde dem Turnverein einen über zwei Morgen großen Turnplatz zur unentgeltlichen Benutzung überwies. Auch an dieser Stelle dankt unsern Mitgliedern und Sönnern, dem Bürgermeister Weber! Das Jubiläumsfest des Vargaues mußte wegen des Feldbergfestes um 14 Tage verlegt werden; es ist der 7. September dafür in Aussicht genommen. Auf der Vorturnerfunde zu Wesselsbach wurde unser einziger Spielwart, Lehrer Ort, zum Bezirksspielwart des Vargaues ernannt.

! Alsfeld, 28. Juli. Der Kommunalverband des Kreises Alsfeld erbrachte durch den Verkauf von Hen, Hühnern und Kartoffeln in den Jahren 1914—1918 einen Reinertrag von 80 816 Mark. Die Summe findet zur Unterstützung dürftiger Krieger und deren Angehörigen Verwendung.

! Kassel, 30. Juli. Eine internationale Elchherbände ist vergangene Nacht in das Pelzwarenhandlung eingedrungen. Mit Kennerblick haben die Spezialisten die kostbaren Stücke entwendet — die einen von 80000 Mark darstellen.

Aus Bad Gms und Umgegend.

* Abgabe der verbilligten Lebensmittel. Die Waren erst heute bei der Stadtverwaltung eingetroffen, erfolgt der Verkauf erst von Montag, den 4. August, e Versammlungen. Morgen nachmittag 4 Uhr in der Turnhalle eine Versammlung des Christlichen Arbeiterverbandes statt. Abends 8 Uhr veranstaltet die demokratische Partei, Ortsgruppe Gms, im Rönischen eine Versammlung.

* Besitzwechsel. Das Hotel Metropole, Eigentümlich für die Summe von 150 000 Mark auf den Namen von Schloß Langenau, Heese, über.

* Kurzaal. Es war ein recht interessantes Konzert am gestern von Madame Gabrielle Gills von der Großen Oper sowie von dem Pianisten Andre Dori, dem Violinisten Pierre Sechiarz geboten wurde. Es sich auch um Künstler von Namen, von denen man erwartete, so mußte doch die virtuose Beherrschung des durch Dori überaus. Sein klavierspielerischer Anschlag ist eine Sicherheit, mit der er selbst der größten Schwierigkeiten wurde, riesen lebhaftest Bewunderung hervor. Auch die Leistung zu den Gefängen war von seiner Anschlagmächtigkeit minder meißerte Pierre Sechiarz sein Instrument; sein zeigte in herbevorragendem Maße technische Fertigkeit. tragen wurden 3 Sonaten von Saint Saens, Mozart und Brand. — Madame Gills verfügt über eine, durch ihre ungemein sympathische Sopranstimme, die durch die klavierspielerische Begleitung noch gewinnt. Sie sang u. a. V. Gabriel Gantz, Emmanuel Chabrier, Garat, Charpentier, zwar trug sie dieselben auswendig vor. Sie wurde lebhaft gefeiert. Der Saal war — hauptsächlich von den Damen der Künstler — voll besetzt.

* Ruderverein. Nachdem der Ruderverein während ganzen Kriegszeit wegen der Abwesenheit seiner Mitglieder geruht hat, wurde in einer am vergangenen Sonntag im „Weißen Hof“ stattgehabten Generalversammlung eine Frage Stellung genommen, ob der Verein zum Wiederaufleben gebracht oder ob man ihn in Betracht der jetzigen Verhältnisse eingehen lassen solle. Der Ruder-Generalsekretär Räder, begrüßte die erschienenen 21 Mitglieder, und er gab im Anschluß hieran einen eingehenden Bericht über die Vereinsverhältnisse. Er gedachte in seinen Worten den beiden auf dem Felde der Ehre gefallenen Mitglieder Wilhelm Schmitt und Hans Schner, sowie der in der Kriegszeit gestorbenen übrigen Mitglieder, dem danken durch Erheben von den Sigen geehrt wurde. Hiernach beschloßen, die Bilder der beiden erstere im Lokal aufzuhängen. Der Kassierer, J. Heise, erstattete dann den Kassenbericht, aus dem hervorging, daß eine Aufnahme des Vereinslebens möglich sei, wenn auch der weiter mit Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Nach der endgültigen Aussprache wurde einstimmig zum Beschluß, den Verein im Interesse der Jugendpflege und der des Ruderlebens wieder aufleben zu lassen und auch die gerichtet wieder für die Ruderfrage zu interessieren. In dieser wurde Entlastung erteilt, und dann wurde der Beitrag in der Weise geregelt, daß die aktiven Mitglieder monatlich 2 Mark und die Inaktiven 1 Mark zahlen. Die früheren Vorstandsmitglieder mit Ausnahme der abgewählten ablehnenden Mitglieder H. C. Fischer und E. Flugmader werden sämtlich wiedergewählt. Der Vorstand zusammen wie folgt: 1. Vorsitzender: General Räder; 2. Vorsitzender: S. M. Dr. Stemmler, 1. Schriftf. J. Wiener, 2. Schriftf. H. Kautz, Kassierer: J. Materialienverwalter: P. Kink, 1. Fahrwart: A. Bahr, Fahrwart: T. Tobi. Diese Beschlüsse hatten das erfreuliche Ergebnis, daß sich sofort 10 junge Leute zur aktiven Mitgliedschaft neu anmeldeten, sobald eine kräftige Wiederaufnahme der Ruderfrage gesichert ist. Es ist wohl nicht daran zu denken, daß nun auch wieder die übrigen Vereinsmitglieder für die Ruderfrage eintreten werden und daß den Bedingungen auch in der ganzen Einwohnerschaft ein volles Verständnis entgegengebracht wird.

Aus Dietz und Umgegend.

! Vom Lande. Nicht nur die Sperlinge sind diesem Jahre in den Getreidefeldern fühlbaren Schaden, sondern auch die Krähen und Hühner. Das Schicksal hierzu sehr wesentlich bei. Man sieht große Felder, in denen die Hälfte und mehr Körner ausgepickt. Zu diesen Hunderten fallen die Sperlinge in ein und plündern und ruinieren es in unglaublich kurzer Zeit. Auch die Krähen haben sich kolossal auf dem Lande vermehrt und bleiben den Sommer über hier. Leider viele Leute ihre Hühner während der Getreideernte im Hühnergarten. So kommt es, daß auch von diesen nützlichen Tieren ganze Felder verwüstet werden: Hühner fressen nicht nur ihr Anteil, sondern treten auch Frucht zu Boden.

! Zement- und Kalkbrennerei. Der Zement- und Kalkbrennerei hat sich gezwungen, dem ganz empfindlichen Mangel an Kalk und Zement gegen, zur Zwangsbrennerei dieser Baustoffe zu weichen. Trotz Bevorzugung in der Kalkbrennerei, ist nicht möglich, die Produktion von Kalk in dem Maße zu steigern, daß allen Anforderungen an Baufestigkeit genügt. Es mußte deshalb wieder ein Unterschied in der Berücksichtigung von Anforderungen zwischen der Zement- und Kalkbrennerei gemacht werden. Ganz ähnlich verhält es sich mit Zementbrennerei.



Osram
Die bewährte
Drahtlampe

Stängende Anerkennungen.
SantsVersand München3